

Die Einheit kann man nicht politisch erzwingen. Sie ist ein Prozess.

Fast die Hälfte der Deutschen ist ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung der Ansicht, dass es mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West gibt. Zu diesem Befund kommt eine Befragung, die das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung eigens für die Studie »So geht Einheit« vom GfK Verein hat durchführen lassen.

Wir fragten Dr. Reiner Klingholz, Direktor des Instituts und Mitautor der Studie, wie weit das einst geteilte Deutschland in den vergangenen 25 Jahren zusammengewachsen ist.

Herr Dr. Klingholz, Sie waren 1989, als sich die DDR aufzulösen begann Wissenschaftsredakteur beim »ZEITmagazin«.

Wie haben Sie die Wende in Ostdeutschland und die rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten erlebt?

Zum Zeitpunkt der Maueröffnung war ich in Zürich, habe zu einem Thema recherchiert, das überhaupt nichts mit der DDR zu tun hatte. Ich habe die Bilder der feiernden Menschen in Berlin am Abend im Fernsehen verfolgt. Ich war völlig platt, auch wenn es seit Wochen die Proteste überall in der DDR gegeben hatte und die Grenzen in Ungarn schon durchlässig geworden waren. Der ganze ehemalige Ostblock war im Um-

bruch. Einen Tag später war ich in Berlin und habe mir einen Brocken aus der Mauer geklopft. Sonst hätte man das gar nicht glauben können. »Die Zeit« hatte kurz zuvor noch eine lange, ziemlich euphorische Serie über die DDR produziert, in der alles nach Aufschwung klang. Dass das Land kurz davor war, sich selbst aufzulösen, dass die Menschen die Macht hatten, ihr verhasstes Regime zu stürzen – davon hatte in der Redaktion offenbar keiner etwas geahnt. Übrigens hatte auch die große Politik keinen Plan in der Schublade, wie ein Prozess der Wiedervereinigung ohne allzu große Verwerfungen hätte organisiert werden können. Alle waren völlig überrascht.

Wie hat sich die Lage dann ohne Plan entwickelt?

Zunächst gab es überall nur Freude und Überschwang. Im Westen fanden es alle lustig, wenn plötzlich Trabbis durch die Straßen tuckerten. Nach der Maueröffnung stand die Wiedervereinigung gar nicht sofort zur Debatte. Aber bald wurde klar, dass etwas passieren musste. Die Menschen in der DDR hatten jahrelang auf die Freiheit verzichten müssen, dorthin zu reisen, wo sie wollten. Jetzt wollten sie dies nachholen. Hunderttausende sind in den ersten Monaten in den Westen abgewandert, weil sie dort bessere Entfaltungsmöglichkeiten sahen. Eine Zweistaatlichkeit war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr denkbar.

Was hätte eine Zwei-Staaten-Lösung bedeutet?

Es wären immer mehr fortgezogen, denn die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen im Osten, die maßgeblich zum Sturz des DDR-Regimes beigetragen hatten, ließen sich nicht über Nacht verbessern. »Entweder der Wohlstand kommt zu uns, oder



Foto: Fumiko Matsuyama, CC-Lizenz - Quelle: Momentaufnahmen 1989/1990 auf www.wir-waren-so-frei.de

Schaulustige am 10. November 1989 auf und vor der Mauer am Brandenburger Tor in Berlin

wir kommen zum Wohlstand«, haben die Leute damals gesagt. Deshalb musste irgendetwas getan werden, um die Menschen in ihrer alten Heimat zu halten. Sie brauchten eine Perspektive. Das waren die Wiedervereinigung und die schnelle Währungsangleichung.

Haben Sie den politischen Versprechungen von »blühenden Landschaften« geglaubt?

Dass bei diesem hektischen Prozess nicht alles glatt laufen konnte, dass viele Fehler und Fehlinvestitionen passieren würden, war eigentlich klar. Aber anfangs dachten viele, auch ich, das ginge recht schnell mit den blühenden Landschaften. Das waren ja die gleichen fähigen Menschen mit der gleichen Sprache und einem sehr ähnlichen Ausbildungssystem. Was sollte da schief gehen? Dann wurde aber sehr bald deutlich, in welchem Zustand die meisten Ost-Unternehmen und die gesamte Infrastruktur waren, wie die Umwelt in den Industriegebieten ausgerichtet war und vor allem: dass Westdeutschland und die EU fast alle Güter liefern konnten, die im Osten notwendig

waren. Mit anderen Worten: Man hätte die Menschen fast ohne eigene Unternehmen versorgen können. Diese Aussicht auf eine mögliche komplette Deindustrialisierung hat mir gezeigt, dass wir es mit einem sehr langen Aufholprozess zu tun bekamen.

Seit 2003 beschäftigen Sie sich als Leiter des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung mit demografischen Veränderungen, unter anderem denen in Ost- und Westdeutschland. In einer aktuellen Studie zur deutschen Einheit stellen Sie fest, dass die großen Unterschiede, die 1990 zwischen BRD und DDR bestanden, noch lange nicht überwunden sind.

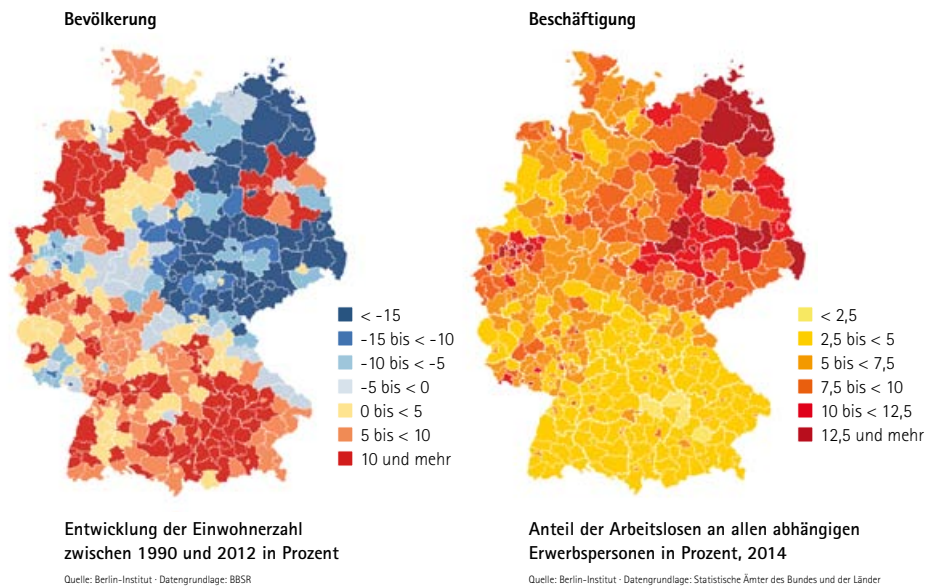
Nicht überall. Es gibt Bereiche, da sind die einstigen Unterschiede verschwunden: Bei der Bildung, der Lebenserwartung, den Kinderzahlen oder den Umweltbedingungen herrscht Einheit. In anderen Feldern hat der Westen Richtung Osten aufgeholt, etwa bei der Kinderbetreuung oder der Frauenerwerbstätigkeit. Da war der Westen 1990 noch sehr in den traditionellen Mustern des

männlichen Alleinverdienerhaushalts gefangen. Aber bei wieder anderen Themen sieht man auf Landkarten immer noch exakt die alte deutsch-deutsche Grenze.

Welche Bereiche wären das?

Die größten Unterschiede bestehen bei der Bevölkerungsentwicklung, dem privaten Vermögen, der Wirtschaftskraft, der Arbeitslosigkeit, der Zahl der Zugewanderten oder bei der Frage, wie viele Menschen sich freiwillig für die Gemeinschaft engagieren. Nehmen wir die demografische Entwicklung: Seit dem Mauerfall sind rund zwei Millionen Menschen aus dem Osten abgewandert, mehrheitlich junge Frauen, die gut qualifiziert waren. Damit fehlen zunächst einmal wichtige Personen für eine Familiengründung. Außerdem brachen im Osten für etwa zehn Jahre nach dem Mauerfall die Kinderzahlen ein – auf etwa die Hälfte des Vorwärtswertes. Die Menschen wollten mit dem Kinderkriegen erst mal abwarten, was die Veränderungen mit sich brachten. Deshalb mussten unter anderem über 2.000 Schulen schließen und es herrscht heute ein

Alle Grafiken sind der Studie
»So geht Einheit« des Berlin-Instituts
für Bevölkerung und Entwicklung
entnommen.



→ Dr. Reiner Klingholz

■ 1953 in Ludwigshafen geboren ■ Chemiker und Molekularbiologe ■ bis 1983 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Hamburg; Promotion ■ 1984 bis 1989 Wissenschaftsredakteur des Wochenblattes DIE ZEIT ■ 1990 bis 2000 Redakteur beim Monatsmagazin GEO; Geschäftsführer für den Bereich Wissenschaft und Redaktionsleiter von GEO WISSEN ■ mehrere Buchveröffentlichungen ■ seit Juli 2003 Direktor, seit 2009 Vorstand des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung

→ Das Berlin-Institut

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten. Das Berlin-Institut erstellt Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere, bereitet wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf und betreibt ein Online-Handbuch zum Thema Bevölkerung.

Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter »Demos« zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.

Mangel an Auszubildenden. Das alles hat dazu geführt, dass die Ostbevölkerung, die zu DDR-Zeiten jünger als die in der BRD war, heute stark gealtert ist, dass ein akuter Nachwuchsmangel, auch auf dem Arbeitsmarkt, entstanden ist und dass die Einwohnerzahlen in den meisten Gebieten der neuen Bundesländer massiv zurückgehen. Auch die hohe Zuwanderung der jüngeren Vergangenheit landet vorwiegend im Westen.

Warum sind die privaten Vermögensverhältnisse zwischen Ost und West immer noch so unterschiedlich?

Die Menschen in der DDR konnten keine hohen Besitztümer anhäufen, weil das Lohnniveau niedrig war, weil sie keine größeren Unternehmen gründen und keine Aktien oder Immobilien kaufen, also keine Vermögensgewinne erzielen konnten. Entsprechend wenig gab es zu vererben. Zudem wurden die Sparguthaben bei der Umstellung auf die D-Mark nur im Verhältnis von zwei zu eins umgetauscht. Deshalb leben von den 500 reichsten Deutschen gerade mal 20 im Osten und davon 14 in Berlin, überwiegend im Westteil der Stadt. Auch die gute wirtschaftliche Entwicklung in manchen Orten der neuen Bundesländer braucht ihre Zeit, bis sie sich in den Vermögen niederschlägt.

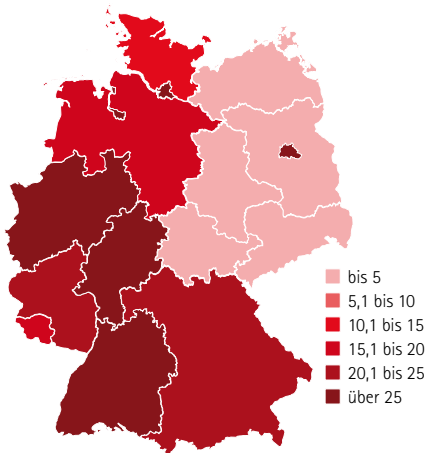
Sie hatten starke Unterschiede beim ehrenamtlichen Engagement zwischen beiden Landesteilen angesprochen. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Die Deutschen engagieren sich eigentlich gerne. Vor allem in den ländlichen Gebieten, weil dort der Staat gar nicht alles organisieren kann. Dort gibt es freiwillige Feuerwehren, Sportvereine, kirchliche Kreise, die etwas zum Gemeinwesen beitragen. Aber im Osten ist Engagement gerade auf dem Land wenig verbreitet. Das hat mit der Vergangenheit zu tun, denn im SED-Staat war das Engagement »von oben« straff organisiert. Wer sich darüber hinaus zivilgesellschaftlich hervortat, galt eher als subversiv und potenziell gefährlich. Es waren ja letztlich solche Gruppen, die das Regime zum Sturz gebracht haben.

In der Wirtschaftsregion Anhalt-Bitterfeld, Dessau-Roßlau und Wittenberg in Sachsen-Anhalt sind Überalterung und Fachkräftemangel immer deutlicher zu spüren. Andere Regionen in Vorpommern sind noch schlechter dran. Ist die Abwanderung junger Leute ein ostdeutsches Phänomen?

Die Abwanderung junger Menschen aus den östlichen Bundesländern ist seit ein paar Jahren gestoppt. Es gehen mittlerweile gleich viele Leute von Ost nach West wie umgekehrt. Stattdessen sehen wir heute im Osten, aber auch in den strukturschwachen Gebieten des Westens eine Abwanderung aus entlegenen, ländlichen Regionen in die mittleren und größeren Städte. Dort entste-

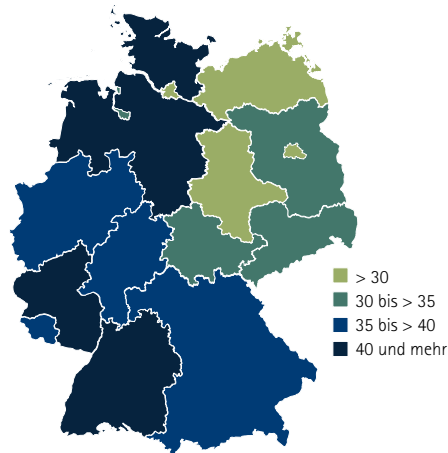
Zuwanderung



Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Prozent nach Bundesländern, 2013

Quelle: Berlin-Institut - Datengrundlage: Statistisches Bundesamt

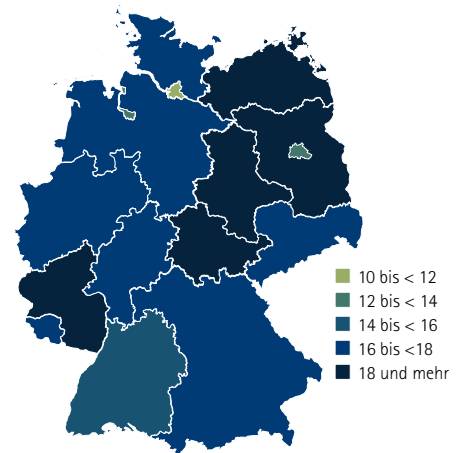
Ehrenamt



Anteil der freiwillig engagierten Personen an der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre nach Bundesländern, in Prozent, 2009

Quelle: Berlin-Institut - Datengrundlage: Freiwilligensurvey

Gesundheit



Bevölkerungsanteil mit Adipositas in Prozent nach Bundesländern, 2013

Quelle: Berlin-Institut - Datengrundlage: Statistisches Bundesamt

hen neue Jobs, dort gibt es Ausbildungsmöglichkeiten und die Städte haben sich in den letzten Jahren deutlich attraktiver gemacht. Deshalb wachsen derzeit im Osten nicht nur Berlin, Dresden und Leipzig, sondern auch Jena, Erfurt oder Rostock. Das tun sie aber zu Lasten ihres eigenen Umlands.

Lässt sich das Ausbluten der Flächenländer stoppen? Was kann man tun, um gegen-zusteuern?

25 Jahre Aufbau Ost haben gezeigt, dass man diesen Trend auch mit viel Geld nicht stoppen kann. Wir haben überall in Deutschland steigende Bildungswerte, immer mehr junge Menschen machen Abitur. Und dann ist klar, dass die meisten danach erst einmal zur Ausbildung in eine größere Stadt ziehen. Von dort kommen sie selten zurück. Die Attraktivität der Städte ist ein weltweites Phänomen. Da ist mehr los, die Kulturangebote sind besser. In Deutschland haben sich die Betreuungsbedingungen für Kinder gerade in den Städten verbessert. Der entlegene ländliche Raum müsste sich neu erfinden. Die Landwirtschaft reicht nicht aus, um eine Bevölkerung stabil zu halten, manche Gebiete profitieren von Tourismus, andere haben aus historischen Gründen noch etwas Industrie. Aber für den Rest sieht es trübe aus.

Wenn man die Studie durchblättert, bekommt man den Eindruck, dass die Ostdeutschen die bestehenden Unterschiede stärker wahrnehmen als die Westdeutschen. Bestätigen sich hier die 1990 gewachsenen Vorurteile vom »Jammer-Ossi« und »Besser-Wessi« oder gibt es elegantere Erklärungen?

Für die Ostdeutschen hat sich in den letzten 25 Jahren so ziemlich alles verändert. Das war für viele Menschen, trotz aller objektiven Verbesserungen, nicht immer einfach. Saturierte Wessis konnten in Mannheim oder Bielefeld sitzen bleiben und haben, wenn sie nicht Zeitung gelesen oder ferngesehen haben, nichts von dem Einigungsprozess bemerkt. Viele Menschen aus dem Westen waren zudem bis heute nicht im Osten. Vielleicht, weil sie sich gar nicht dafür interessieren. Daher registrieren wir immer noch gewisse Meinungen und Stereotype von Wessis über Ossis und umgekehrt. Sie halten sich, aber sie verschwinden langsam. Ein Drittel aller Menschen aus Ostdeutschland, die sagen, es gibt Unterschiede zwischen Ossis und Wessis, meinen, Westdeutsche seien arrogant und eingebildet. Das ist mit Abstand die wichtigste Eigenschaft, die den Wessis zugeschrieben wird. Umgekehrt hält nur ein kleiner Teil jener Wessis, die überhaupt noch Unterschiede feststellen, ihre Mitbürger im Osten für anspruchsvoll und alles-haben-wollend, was aus Westsicht die dominierende Ost-Eigenschaft ist. Aber sowohl bei den Jüngeren als auch bei jenen Menschen, die persönliche Erfahrungen mit den Menschen im anderen

Teil Deutschlands sammeln konnten, verschwinden diese Vorurteile. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis hier eine Einheit hergestellt ist.

Überrascht hat mich, dass der Bevölkerungsanteil von Migranten in den alten Bundesländern bis zu fünf Mal höher ist als in den neuen. In den Medien scheinen jedoch eher Menschen aus Freital, Dresden und Leipzig – also aus ostdeutschen Städten – gegen die angebliche »Überfremdung« zu demonstrieren. Wehren sich hier »besorgte Bürger« gegen eine Angleichung von Ost und West oder verteidigen sie das wenige, was sie haben? Anders gefragt: Lässt sich die Fremdenfeindlichkeit mit den Unterschieden in Ost und West erklären?

Vorbehalte gegen oder Ablehnung von Fremdem hat mit Erfahrung zu tun. Was wir nicht kennen, beurteilen wir erst einmal kritisch. Zuwanderer oder Asylsuchende werden deshalb eher dort als Bedrohung angesehen, wo es wenige Zugewanderte gibt. Viele Menschen müssen positive Erfahrungen mit Menschen aus anderen Ländern machen, bevor sie ihre Meinung ändern. Da es aber an Gelegenheiten mangelt, ist die Stimmung im Osten manchmal etwas aufgeheizt. Fremdenfeindliche Aktionisten aus seltsamen Parteien oder Zusammenschlüssen tragen sicher dazu bei, dass dieses Thema gerade dort auch noch dramatisiert wird. Sich einfach mal mit den zugewanderten Menschen an einen Tisch zu setzen, wäre besser.

Was kann man tun, um die Unterschiede zu überwinden?

Abwarten – und Ausländer anwerben. Der Osten braucht diese Menschen angesichts seiner demografischen Entwicklung viel dringender als der Westen. Das müssen die Bürgermeister, die Unternehmen, die Medien den Menschen klar machen. Die Frage ist doch: Wollen sie in einem Altersheim völkischer Identität vergeisen oder wollen sie gemeinsam mit Personen aus anderen Ländern eine neue Zukunft schaffen?

Ist eine völlige Angleichung von Ost und West in allen Bereichen überhaupt realistisch bzw. wünschenswert?

Wünschenswert immer – aber unrealistisch. In manchen Bereichen, etwa der Bevölkerungsentwicklung oder Industriedichte lassen sich die Unterschiede nur schwer aufheben. Das ist aber kein Drama, denn wir haben die Unterschiede ja im gesamten Land: Baden-Württemberg mit seinem starken Mit-

telstand ist etwas ganz anderes als das Ruhrgebiet, das immer noch unter dem Wegbrechen alter Industrie leidet. Eine wachsende Metropole wie Hamburg ist etwas anderes als das schrumpfende Oberfranken, die Südwestpfalz oder der Hunsrück.

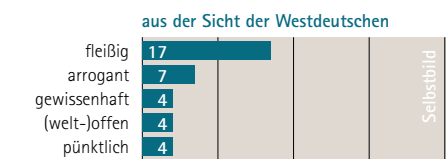
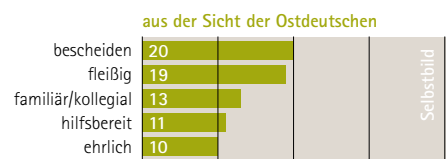
Wann wird das Verhältnis von Ost zu West »Normalität« sein?

Heute leben in Deutschland 19 Millionen Menschen, die nach der Wende geboren wurden. In 25 Jahren machen sie und die bis dahin Zugewanderten die Mehrheit der Einwohnerschaft aus. Dann reden wir nicht mehr über »Ossis« und »Wessis«, das können wir vielleicht noch in Geschichtsbüchern oder auf Wikipedia lesen. Die Einheit kann man nicht politisch erzwingen. Sie ist ein Prozess.

Ein optimistisches Schlusswort! Herr Dr. Klingholz – ich danke Ihnen sehr für Ihre Antworten.

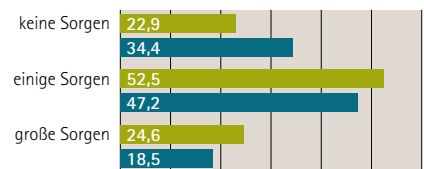
□ Steffen Wilbrandt

Zustimmung zu den fünf meistgenannten Eigenschaften in Prozent



Quelle: Berlin-Institut · Datengrundlage: GRK Verein 2015

Angaben zu Sorgen um die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage, in Prozent, 2012



Quelle: Berlin-Institut · Datengrundlage: DIW

Alle Grafiken sind der Studie »So geht Einheit« des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung entnommen.